

Ein Kässeli in Gottes Namen

Ein Kirchenvertreter besucht Firmen – und verteilt gelegentlich einige tausend Franken

THOMAS FUSTER

Es ist eine Beziehung voller Missverständnisse. Wenn die Kirche auf die Wirtschaft trifft, sind Spannungen programmiert. Das zeigte sich in der Schweiz letztmals vor zwei Jahren beim Abstimmungskampf zur Konzernverantwortungsinitiative. Viele Priester beider Landeskirchen machten sich damals stark für eine Annahme der Initiative. Von der Kanzel herab wurde Konzernkritik gleichsam mit Christentum und Moral gleichgesetzt. Und von Kirchtürmen wehten Banner, die Werbung machten für das links-grüne Anliegen.

Eine zerrüttete Beziehung

Viele Wirtschaftsvertreter fühlten sich damals vor den Kopf gestossen. Dies umso mehr, als Unternehmen in den meisten Kantonen, so auch in Zürich, Kirchensteuern zahlen müssen. Denn die Glaubens- und Gewissensfreiheit gilt in der Schweiz nur für private Personen, nicht aber für juristische. Im Kanton Zürich sind Firmen für über ein Viertel der Kirchensteuern verantwortlich, im Kanton Zug sogar für knapp die Hälfte. Mancher Unternehmenschef fragte sich, warum er eine Institution finanzieren muss, von der er im Gegenzug vor allem Kritik erhält.

Ist eine Beziehung zerrüttet, empfehlen Therapeuten den Dialog. Diesem Ratschlag fühlt sich auch Christoph Sigrist verpflichtet. Der evangelisch-reformierte Pfarrer am Grossmünster in Zürich will Brücken schlagen zur Wirtschaft. Im Visier hat er die über 5000 Betriebe, die im Stadtkreis 1 mit 70 000 Beschäftigten tätig sind, wobei es sich vor allem um Unternehmen kleinerer



Christoph Sigrist
Reformierter Pfarrer
am Grossmünster

und mittlerer Grösse (KMU) handelt. Die wenigsten Mitarbeiter dieser KMU wohnen im Kreis 1, und die wenigsten kommen in Kontakt mit den Altstadtkirchen. Das will Sigrist ändern.

Doch wie stellt man Kontakt her zu Firmen und Mitarbeitern? Für den Pfarrer steht fest: Die Kirche muss hinaus zu den KMU, der Dialog muss ausserhalb der Kirche aufgebaut werden. «Auch Jesus ging nicht in die Kirche, er ging zu den Leuten», sagt Sigrist. Der umtriebige Theologe hat daher ein neues Angebot ins Leben gerufen, die Wirtschaftsdiakonie. Die Idee dahinter: Ein Diakon, ein «Kirchenbote zu Fuss», klopft im Auftrag der Kirche bei den KMU und Selbständigen an, fühlt ihren Puls, bietet ein Gespräch an.

Auch Sigrist hatte sich 2020 für die Konzernverantwortungsinitiative engagiert, unter anderem in der Sendung «Arena» des Schweizer Fernsehens. Innerhalb der Kirche war dieses Engagement nicht unumstritten. Doch Sigrist verteidigt sein politisches Wirken. Er verweist auf seinen berühmten Vorgänger am Zürcher Grossmünster. «Die Transformation von Kirche und Gesellschaft ist Zwingli nur dank der Zusammenarbeit mit Politik und Wirtschaft gelungen.» Das Pfarramt im Grossmünster sei stets ein politisches Amt gewesen, sagt er. Das müsse so bleiben.

Die Idee der Wirtschaftsdiakonie kam Sigrist aber nicht aufgrund der Konzernverantwortungsinitiative. Auslöser war der Corona-Lockdown. Zusammen mit Duke Seidmann, einem langjährigen Schulfreund, diskutierte er damals, wie man den vielen Betrieben, die plötzlich mit existenziellen



Das Grossmünster – Wahrzeichen der Stadt Zürich und Ausgangsort eines neuen Brückenschlags zwischen Kirche und Wirtschaft. Pfarrer Christoph Sigrist erteilt den Städtern den Alpsegen.

MICHAEL BUHOLZER / KEYSTONE

Problemen rangen, helfen könnte. Und weil damals auch Seidmann als Inhaber eines Kommunikationsbüros einen massiven Umsatzeinbruch erlitt und unfreiwillig sehr viel freie Zeit hatte, war die Personalie des Wirtschaftsdiakons rasch geklärt; der Posten ging an den Schulfreund.

Ab April 2021 wanderte daher Seidmann hinaus zu den KMU, zunächst im Rahmen einer Abklärungsphase. «Meine Begrüssung war immer dieselbe: Ich will Sie weder bekehren noch belehren, und Spenden sammle ich auch keine», sagt er. Den Aussendienst kannte Seidmann von früher, als er Anzeigenverkäufer und danach Verkaufsleiter beim Ringier-Verlag war. Bei seiner neuen Tätigkeit sei er auf offene Türen gestossen, sagt Seidmann. Zwei Drittel der kontaktierten KMU luden ihn zum Gespräch ein; das kürzeste dauerte sieben Minuten, das längste über fünf Stunden.

Seit kurzem ist die Wirtschaftsdiakonie nicht mehr bloss ein Pilotversuch. So hat das Parlament der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde im Juni eine Finanzierung bis Ende 2025 beschlossen. Die gesamten Projektkosten für drei Jahre belaufen sich auf 360 000 Franken. Für die 50-Prozent-Stelle sind Personalkosten von jährlich 88 300 Franken budgetiert. Beim Antrag an das Kirchenparlament wurde die Zustimmung unter anderem damit begründet, dass auf diese Weise «die Chance geschaffen wird, die Reputation der Kirchgemeinde bei den juristischen Personen zu verbessern».

PR in eigener Sache?

Ist das neue Angebot also primär eine Charmeoﬀensive, um die Firmen als attraktive Steuerzahler bei Laune zu halten? Ist man vor allem darauf bedacht, angesichts steigender Kirchenaustritte und versiegender Steuerzahlungen von Privatpersonen zumindest noch den Geldfluss der Unternehmen sicherzustellen? Sigrist verneint: «Unser Kompass ist der Nächste, der Mensch, der hier in der Stadt Zürich arbeitet.» Eine PR-Übung in eigener Sache sei das nicht. Aber als Steuerzahler hätten die Firmen natürlich das Recht, dass man auf sie höre und sie ernst nehme.

Grundsätzlich bietet Seidmann bei seinen Streifzügen durch die Wirt-

schaftswelt der Zürcher Altstadt nur ein Gespräch an. Bei diesem Angebot – als Zielvorgabe sind 500 Gespräche pro Jahr vorgegeben – bestimmt stets der KMU-Vertreter oder der Selbständige, über welche Themen geredet wird; das geht von Mietproblemen über Fragen des Geschäftsmodells bis hin zur Beschäftigung mit dem Glauben. Dennoch, mit ganz leeren Händen klopft der Diakon bei den Firmen nicht an. Im Rahmen sogenannter Nothilfe vermittelt er auch finanzielle Ressourcen.

Finanzhilfe fürs Auto

Wie sieht eine solche Finanzhilfe aus? Seidmann nennt einige Beispiele: Ein Musiker, der im Lockdown kaum noch Auftritte hatte und klagte, bald sein Auto verkaufen zu müssen, erhielt Geld, damit er sein Auto behalten konnte. Ein Kleiderladen bekam einen Zustupf zum Werbebudget für eine Online-Aktion. Einem Handwerker wurde die Ent-

Im Kanton Zürich sind Firmen für über ein Viertel der Kirchensteuern verantwortlich.

rümpelung seines Ladens finanziert. Ein Textilreiniger, der im Lockdown schliessen musste, erhielt drei Monatsmieten bezahlt. Und ein Kulturhaus konnte Flyer drucken lassen auf Kosten der Kirche.

Bei diesen Beispielen stand der Wirtschaftsdiakon mit Geldbeträgen zwischen 1600 und 5000 Franken zur Seite, wobei das Geld nicht als Kredit, sondern als Schenkung gesprochen wurde. Von aussen sind die Kriterien für die Öffnung dieses «ersten Portemonnaies» – so die Wortwahl der Wirtschaftsdiakonie – nicht immer klar. Etwas unscharf wirkt auch die Abgrenzung dieser kirchlichen Soforthilfe gegenüber den staatlichen Unterstützungszahlungen, welche Unternehmen während des Lockdowns in Anspruch nehmen konnten.

Dass die Kirche einen Schritt auf die Wirtschaft zumacht, begrüsst Béa-

trice Acklin Zimmermann. Sie ist Theologin und Geschäftsführerin der Denkfabrik Liberethica, eines überkonfessionellen Vereins, der ethische Orientierung auf freiheitlichem Fundament anbietet. «Das Schimpfen gegen Markt und Kapital steht bei der Kirche leider seit Jahren hoch im Kurs», sagt Acklin Zimmermann. Dieses Schimpfen sei oft ebenso undifferenziert wie selbstgerecht. Man sehe sich stets auf der Seite der Guten, während das Böse bei den Konzernen verortet werde.

Entsprechend positiv sei es, wenn die Kirche den Dialog suche, sagt die Theologin. Sie habe aber die Vermutung, dass hinter der Initiative auch die Furcht der Kirche stehe, angesichts der vielen Kirchenaustritte wohlhabender Wirtschaftsvertreter einige Pfründen verlieren zu können. Denn seit dem Streit um die Konzernverantwortungsinitiative habe sich das Verhältnis zwischen Kirche und Wirtschaft stark verschlechtert. Entsprechend gerate auch die Kirchensteuer für Firmen wieder stärker unter Druck – laut Acklin Zimmermann durchaus zu Recht.

«Ohne transparente Kriterien»

Fragezeichen stellt Acklin Zimmermann zudem hinter die Geldvergabe an die KMU. Es dürfe nicht sein, dass die Kirche mit Steuermitteln freihändig Geld an Unternehmen verteile. Angesprochen auf das Beispiel des Musikers, dessen Auto mitfinanziert wurde, verweist sie darauf, dass es für Kulturschaffende während der Pandemie auch öffentliche Fördermittel gegeben habe. «Es wirkt etwas eigenartig, wenn die Kirche von den Firmen Steuern einreibt und dieses Geld dann nach eigenem Gutdünken und ohne transparente Kriterien wieder an diese auszahlt.»

Wie auch immer: Die neue Institution eines Wirtschaftsdiakons ist nun beschlossene Sache, zumindest für die nächsten drei Jahre. Wie viel Geld in dieser Zeit für das «erste Portemonnaie» verfügbar sein wird, wollen die Beteiligten nicht sagen. Die Verschwiegenheit dürfte zum Ersten damit zu tun haben, dass man nicht mit Bittschriften überhäuft werden will. Zum Zweiten gilt es wohl auch den Eindruck zu vermeiden, die Kirche wolle den verlorengegangenen Goodwill vieler Unternehmen mit schnödem Mammon zurückerobern.

IN KÜRZE

Banken im Stress – Aufseher veröffentlichen Kristentests

(dpa) · Pandemie, Inflation, Zinswende – Europas Banken sind seit Jahren im Dauerstress. Reichen die Kapitalpuffer auch für Krisenszenarien, die noch gar nicht eingetreten sind? In den vergangenen Monaten mussten Geldhäuser in der Europäischen Union wieder viel rechnen. Jetzt liegen die Ergebnisse vor: Die Branche ist demnach gut auf eine Krise vorbereitet, einige der grossen deutschen Banken sind aber recht weit hinten im Ranking zu finden. Insgesamt erwiesen sich die Kapitalpuffer der meisten Geldhäuser unter widrigsten Bedingungen als widerstandsfähig. Im simulierten Krisenfall des Stresstests 2023 würde die harte Kernkapitalquote der Banken bis zum Jahr 2025 im Vergleich zu Ende 2022 von 15 Prozent auf 10,4 Prozent schrumpfen.

IWF leiht Argentinien 10,8 Milliarden Dollar

(Bloomberg) · Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird Argentinien im Rahmen eines Refinanzierungsabkommens für den Rest des Jahres bis zu 10,8 Milliarden Dollar an Krediten gewähren. Ziel ist, dem Land zu helfen, die turbulente Zeit vor den Präsidentschaftswahlen zu überstehen. Die erste Zahlung in Höhe von 7,5 Milliarden Dollar wird im August erfolgen. Das bedeutet, dass das Geld nicht vor den wichtigen Vorwahlen am 13. August zur Verfügung stehen wird, und auch nicht rechtzeitig, damit die Regierung die 2,6 Milliarden Dollar, die sie dem IWF aus einem früheren Darlehen schuldet, zurückzahlen kann. Nach Angaben von mit der Angelegenheit vertrauten Personen wird Argentinien die Zahlung durch Anzapfen seiner Währungs-Swap-Linie mit China sowie anderer Finanzierungsquellen leisten.

Merz warnt vor wirtschaftlichem Abstieg

(dpa) · Der Vorsitzende der oppositionellen CDU, Friedrich Merz, hat vor der Gefahr eines wirtschaftlichen Abstiegs Deutschlands gewarnt und ein Gegensteuern der Regierung von Kanzler Olaf Scholz verlangt. Mitten im Sommer stiegen die Arbeitslosenzahlen, und trotz des Fachkräftemangels habe die Zahl der Insolvenzen im ersten Halbjahr 2023 um 16 Prozent über dem Vorjahr gelegen. Zudem sei die Industrieproduktion rückläufig. «Das muss uns als ein Land mit hohem Industrieanteil zutiefst besorgen.» Der Oppositionsführer warnte im Bundestag weiter: «Deutschland verliert an Wettbewerbsfähigkeit.» Ausserdem: «Das ist kein abrupter Prozess, der eine Wirtschaftskrise über Nacht auslöst. Wir erleben stattdessen einen schleichenden Prozess der Deindustrialisierung unseres Landes.»

Adidas verkauft Yeezy-Schuhe

(dpa) · Nach der Trennung von Kanye West wegen antisemitischer Äusserungen will Adidas im August erneut Restbestände der mit West produzierten «Yeezy»-Reihe verkaufen. Ab 2. August seien Schuhe und Kleidung der Marke über digitale Plattformen erhältlich und würden schrittweise auf den Markt gebracht, teilte das Unternehmen am Freitag in Herzogenaurach mit. Zuvor hatte mehrere Medien darüber berichtet. Ein signifikanter Betrag werde an Organisationen gespendet, die sich für die Bekämpfung von Hass, Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus einsetzen. Kanye West hatte mit Adidas teure Lifestyle-Produkte auf den Markt gebracht. Im Herbst 2022 hatte der Konzern aber nach wochenlangem Streit um verbale Entgleisungen des Rappers die Zusammenarbeit beendet. Auch die Produktion der Marke «Yeezy» wurde eingestellt.